



Pressekonferenz | Freitag, 17. März 2017

Ergebnisse der Landesklimareferentinnen und -referentenkonferenz

mit

Bundesminister Andrä Rupprechter

Landesrat Johannes Rauch

(Klimaschutzreferent der Vorarlberger Landesregierung)

Landeshauptmann-Stellvertreterin Ingrid Felipe

(Klimaschutzreferentin der Tiroler Landesregierung)

Landesrat Rolf Holub

(Klimaschutzreferent der Kärntner Landesregierung)

Herausgegeben von der Landespressestelle Vorarlberg

Amt der Vorarlberger Landesregierung

Landespressestelle, Landhaus, Römerstraße 15, 6901 Bregenz, Österreich | www.vorarlberg.at/presse

presse@vorarlberg.at | T +43 5574 511 20135 | M +43 664 6255668 oder M +43 664 6255667 | F +43 5574 511 920095

Jeden Werktag durchgehend von 8:00 bis 13:00 Uhr und von 14:00 bis 17:00 Uhr erreichbar

Ergebnisse der Landesklimareferentinnen und -referentenkonferenz

Bregenzer Deklaration für Klimaschutz und für umweltfreundliche Mobilität

Die heutige (Freitag) Klimareferentinnen und –referentenkonferenz befasste sich insbesondere mit den Themen Klimaschutz und umweltfreundliche Mobilität. Zur Umsetzung der Klimaziele von Paris fordern die Klimaschutzlandesrätinnen und –landesräte in einer gemeinsamen Deklaration den Bund auf, Sofortmaßnahmen und langfristige Weichenstellungen in der Verkehrspolitik zu setzen.

Die Anreicherung von Treibhausgasen in der Atmosphäre durch fossile Energieverbrennung und Landnutzungsänderungen hat die globale Durchschnittstemperatur bereits um 1 °C und jene im Alpenraum um 2 °C erhöht. Der CO₂-Gehalt der Atmosphäre ist heute der höchste seit 800.000 Jahren. Die Staatengemeinschaft hat auf diese besorgniserregenden Entwicklungen reagiert und beim Weltklimagipfel in Paris 2015 ein globales Klimaschutzabkommen verabschiedet. Mit der Ratifizierung des Abkommens hat sich auch Österreich dazu verpflichtet, die Ziele des Klimaschutzabkommens einzuhalten. Dazu gehört bis zum Jahr 2050 aus der Nutzung fossiler Energien auszusteigen und den Ausstoß von Treibhausgasen netto auf Null zu reduzieren. "Gerade im sensiblen Alpenraum verläuft der Klimawandel doppelt so schnell wie im Flachland, in den vergangenen Jahren hat sich das Tempo sogar rasant beschleunigt. Daher sind wir in Österreich besonders aufgefordert, einen der Hauptverursacher von Treibhausemissionen, den Verkehr, einzudämmen," betont Klimaschutz- und Mobilitätslandesrat Johannes Rauch.

Der Verkehr ist der einzige Sektor mit im Vergleich zum Jahr 1990 steigenden Treibhausgasemissionen. Der Vergleich macht es deutlich: Die Sektoren Gebäude und Verkehr verursachten im Jahr 1990 etwa gleich viele Treibhausgasemissionen. Durch zahlreiche Maßnahmen konnte der Bereich „Gebäude und Raumwärme“ seine klimaschädlichen Emissionen seither um 42 Prozent senken, jene des Verkehrs sind hingegen um 58 Prozent gestiegen. Der Verkehrsbereich verursachte zuletzt 45 Prozent der Treibhausgasemissionen.

"Vorarlberg investiert in eine umweltfreundliche Mobilität und setzt die Erfolgsgeschichte „Öffentlicher Personennahverkehr“, die mit der Einführung des 365-Euro-Tickets begann fort mit einer Verdichtung des Takts, mehr Kilometer auf der Bahn und einer Bahnhofsoffensive. Eine effektive Maßnahme zur Förderung der E-Mobilität im Vorarlberger Öffentlichen Verkehr ist die Anschaffung von Elektrobussen. 2017 werden vier neue Elektrobusse angeschafft. Bis 2020 werden 20 Elektrobusse auf Vorarlbergs Straßen unterwegs sein. Diese werden pro Jahr 1.279 Tonnen CO₂ pro Jahr einsparen. Genau die gleiche Menge CO₂ sparte der Fahrradwettbewerb 2016 ein. Der Radverkehr in Vorarlberg befindet sich auf der Erfolgsspur. Bis zum Jahr 2020 soll sich der Radverkehrsanteil von 15 auf 20 Prozent erhöhen," erläutert Rauch die Vorarlberger Anstrengungen. Es brauche aber dringend weitere Akzente auf Bundesebene.

"Unser 72 Millionen Euro Aktionspaket zur Förderung der e-Mobilität mit erneuerbarer Energie ist erfolgreich angelaufen", informiert Bundesminister Rupprechter: "Nach wenigen Tagen haben wir bereits über 1400 Anträge erhalten. Bis 2018 wollen wir damit 16.000 e-Fahrzeuge auf Österreichs Straßen bringen. Zusätzlich unterstützen wir mit KLIMAAKTIV mobil über 8000 Betriebe und Gemeinden bei der Mobilitätswende. Diesen erfolgreiche Weg wollen wir konsequent weitergehen und die Zusammenarbeit mit den Ländern verstärken."

"Wir leisten in Tirol unseren Beitrag zum Klimaschutz", sagt LH-Stv.in Ingrid Felipe. Das durch den Wintertourismus stark von Klimafolgen wie zu hohen Temperaturen betroffene Bundesland hat zuletzt in der Verkehrs- und Mobilitätspolitik wichtige Reformen gemacht. Die Maßnahmen reichen vom Luft-100er für Autos auf 120 Kilometern des Tiroler Autobahnnetzes über das erstmals EU-rechtskonforme LKW-Fahrverbot für den Transport bestimmter unverderblicher Güter bis zu einer Tarifreform im öffentlichen Verkehr, die Jahrestickets um 70 Prozent und mehr vergünstigt. Tirolweit wird man ab 1. Juni um 490 Euro ein Jahr lang alle öffentlichen Verkehrsmittel benutzen können (davor: 2.074 Euro) "Weitere maßgebliche Verbesserungen brauchen die Unterstützung des Bundes", sagt Ingrid Felipe und verweist auf die Aufhebung des steuerlichen Dieselpriivs, das Tirol als transitgeplagtes Land durch den Tanktourismus besonders zu spüren bekommt, auf eine ökologische Reform der PendlerInnenpauschale und auf weitere öko-soziale steuerliche Maßnahmen.

Bregenzer Deklaration für Klimaschutz und für umweltfreundliche Mobilität

In einer gemeinsamen Deklaration fordern die Klimaschutzlandesrätinnen und –landesräte den Bund auf, Sofortmaßnahmen und langfristige Weichenstellungen in der Verkehrspolitik zu setzen: "Wir sind davon überzeugt, dass der Hebel vor allem in der Verkehrspolitik angesetzt werden muss mit der Ausrichtung: kurze Distanzen zu Fuß gehen oder das Fahrrad benutzen, bei längeren Wegstrecken auf die öffentlichen Verkehrsmittel umsteigen und wenn es nicht anders geht auf das E-Auto zurückgreifen.", betonen die Landesrätinnen und Landesräte in ihrer Bregenzer Deklaration. Sie sprechen sich für folgende **Maßnahmen** aus:

- Umstieg auf alternative Antriebe bis 2050
- Erarbeitung einer Gesamtstrategie für den Verkehrsbereich mit dem Ziel eines weitgehenden Verzichts auf fossile Kraftstoffe bis 2050
- Weiterer Ausbau und Förderung der E-Mobilität in ihrer gesamten Bandbreite
- Schaffung eines Österreich-Verkehrstickets nach Vorbild des Schweizer Swiss-Travel-Pass
- Pilotprojektförderung für öffentlichen Verkehr und Micro-ÖV
- Steuerliche Verbesserung für Betriebliche Zuwendungen im Bereich der MitarbeiterInnenmobilität bis 500 Euro
- Steuerliche Gleichstellung von Fahrrädern und E-Fahrrädern mit E-PKWs in betrieblichem Eigentum

Auch die Forderung nach Umsetzung einer ökosozialen Steuerreform – inklusive Abschaffung klimaschädlicher Steuerprivilegien wie die Dieselbesteuerung – ist Gegenstand der Bregenzer

Deklaration. "Im Rahmen der Ökologisierung der Steuerreform muss ressourcenschonendes Verhalten belohnt und der Faktor Arbeit entlastet werden. Klimaschädliche Steuerprivilegien wie die Steuerbegünstigung von Diesel gehören abgeschafft. Stattdessen soll ein preislich attraktives, breit leistbares Österreich-Ticket, das alle Öffentlichen Verkehrsmittel in Österreich umfasst, entwickelt werden", so der Verkehrslandesrat aus Kärnten, Rolf Holub .